

## Texttafel 1

### Der Aufstand des 17. Juni Vorgeschichte und Ursachen

In der DDR übte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als Staatspartei die von der Politik der Sowjetunion bestimmte diktatorische Gewalt aus. Mitte 1952 verschärfte die SED mit dem Beschluss, den „Aufbau des Sozialismus“ zu forcieren, den politischen Kurs der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Die „grüne Grenze“ zur Bundesrepublik wurde als Staatsgrenze ausgebaut und die geringen finanziellen Mittel wurden für eine verstärkte Ausrüstung verwandt. Der Lebensstandard sank und die sozialen Probleme nahezu aller Bevölkerungsschichten nahmen zu.

Der wachsenden Unzufriedenheit begegnete die Partei- und Staatsführung mit einer brutalen politischen Verfolgung. Die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR stieg wieder an. Nach dem Tode Stalins im März 1953 drängte die neue sowjetische Führung die DDR, „Überspitzungen des sozialistischen Aufbaus“ zu berichtigen. Anfang Juni 1953 beschloss die DDR-Führung einen „Neuen Kurs“, der viele Maßnahmen zurücknahm, die die soziale Situation der Bevölkerung verschlechtert hatten.

Eine Ausnahme bildete die zehnjährige Normenerhöhung für die Arbeiter in den Betrieben und auf den Baustellen der DDR: Sie wurde nicht zurückgenommen. Die Arbeiter in der ganzen DDR hatten auch für sich eine Verbesserung ihres Lebensstandards erhofft. Umso größer war die Enttäuschung, als die Löhne weiterhin nach den neuen Normen berechnet werden sollten. In allen Betrieben und auf den Baustellen kam es schon Tage vor dem 17. Juni zu erregten Diskussionen.

Die Arbeiter wollten keinen Lohnverzicht üben. Immer häufiger waren sie bereit, für ihre Forderungen zu streiken, wie es die Verfassung der DDR es formal erlaubte.

## Texttafel 2

### Der 16. Juni 1953 Am Haus der Ministerien

Am Morgen des 16. Juni 1953 erfuhren die Bauarbeiter des Krankenhaus-Neubaus im Berliner Bezirk Friedrichshain und der Baustellen in der Stalinallee, dass der von der Regierung verkündete „Neue Kurs“ für sie keine Erleichterung bringen sollte. In der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ mussten sie lesen: „Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig.“

Empört legten sie die Arbeit nieder, versammelten sich vor den Baustellen und formierten sich zu einem immer größer werdenden Demonstrationzug. Sie trugen ein einziges Transparent: „Wir Bauarbeiter fordern Normen-Herabsetzung“. Sie zogen über den Alexanderplatz zur Friedrichstraße und von dort über die Leipziger Straße zum Haus der Ministerien, wo sie Vertreter der Regierung zur Rede stellen wollten.

Auf dem Vorplatz, wo heute das Denkmal von Wolfgang Rüppel an die Ereignisse erinnert, war der Demonstrationzug auf mehrere tausend Teilnehmer angewachsen. Weder Walter Ulbricht noch Otto Grotewohl ließen sich sehen. Der Versuch von Minister Fritz Selbmann zur Menge zu sprechen, scheiterte. Seine Rede wurde durch Sprechchöre der Demonstranten unterbrochen: Sie riefen: „Wir wollen frei sein“ und „Wir wollen freie Wahlen“. Der Ruf nach einem

allgemeinen Streik wurde laut.

Am frühen Nachmittag teilte ein Lautsprecherwagen mit, dass die Regierung die Normenerhöhung zurückgenommen habe. Die Menge zerstreute sich. In der ganzen Stadt aber kam es zu kleinen Ansammlungen diskutierender Bauarbeiter und zu Auseinandersetzungen mit SED-Anhängern. Eine Parole verbreitete sich in der ganzen Stadt: „Morgen Generalstreik. Sammeln um 6.30 Uhr auf dem Strausberger Platz“. Vor dem Haus der Ministerien hatte ein sozialer und Politischer Protest der Arbeiter begonnen, der sich am folgenden Tag zu einem Massenhaften Streik und in den folgenden Tagen zu einem Aufstand in der ganzen DDR ausweiten sollte.

### Texttafel 3

Der 17. Juni 1953 in der DDR  
Und die Folgen

Der am Vortag propagierte Generalstreik wurde fast überall in Ost-Berlin befolgt; über 36 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder. Viele verließen ihre Baustellen und Betriebe und strömten erneut in einem gewaltig anwachsenden Demonstrationzug zum von der Polizei abriegelten „Haus der Ministerien“. Die Forderungen waren wieder und noch lautstärker: „Senkung der Normen“, „Frei Wahlen“ und „Freilassung aller politischen Gefangenen“, damit rüttelten Sie zugleich an den politischen Grundlagen eines diktatorischen Systems. Der sowjetische Stadtkommandant verhängte den Ausnahmezustand. Panzer rollten durch die Straßen und riegelten die Sektorengrenzen ab. Unter den Demonstranten gab es Tote und Verletzte. Der Aufstand blieb nicht auf Ost-Berlin beschränkt, sondern fand eine Fortsetzung in der ganzen DDR und war trotz brutaler Gewaltanwendung am 17. Juni nicht zu Ende. Zur Abschreckung erließen sowjetische Militärgerichte 18 standesrechtliche Todesurteile; in Berlin wurde der West-Berliner Arbeiter Willy Göttling erschossen. Russische Soldaten und Offiziere wurden wegen Befehlsverweigerung mit dem Tode bestraft. Die teilweise zögerliche, dann aber umso härtere Verfolgung der Aufständischen durch die DDR-Justiz machte deutlich, wie sehr die Herrschenden durch den Aufstand verunsichert wurden. Über 1 500 wegen der Beteiligung am Aufstand Angeklagte wurden verurteilt, davon zwei zum Tode und drei zu lebenslangem Zuchthaus. Im Mai 1954 – die SED fühlte sich wieder sicherer – wurden auch die vier Streikführer von der Stalinallee, die den Zug der Bauarbeiter am 16. Juni mit angeführt hatten, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Die SED hat letztlich bis zum Herbst 1989 nicht mehr auf Gewalt als ein Mittel zur Sicherung ihrer Herrschaft verzichtet. Der Aufstand im Juni 1953 war trotz der blutigen Niederschlagung keine Niederlage: Die Nachricht vom Aufstand für mehr Demokratie verbreitete sich im ganzen Ostblock. In Polen und Ungarn kam es 1956, in der Tschechoslowakei 1968 zu weiteren Erhebungen.

### Texttafel 4

Denkmal 17. Juni 1953

1935/36 als „Reichsluftfahrtministerium“ von dem Architekten Ernst Sagebiel erbaut, wurde das im Zweiten Weltkrieg kaum beschädigte Gebäude 1945 zunächst von der sowjetischen Militäradministration genutzt. 1947 konstituierte sich hier die zentrale Verwaltungsorganisation für die sowjetische Besatzungszone.

Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der „Deutsche Volksrat“ im Großen Sitzungssaal des Hauses zur provisorischen „Volkskammer“ und proklamierte die Deutsche Demokratische Republik. Nach dem Auszug der Volkskammer war das „Haus der Ministerien“ zeitweise auch Sitz der DDR-Regierung.

Wann das im Auftrag der Nationalsozialisten für die Pfeilerhalle des Gebäudes angefertigte „Soldaten-Relief“ entfernt wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Im Frühjahr 1950 begannen die ersten Vorbereitungen für ein Wandbild im Auftrag der Regierung der DDR. Es trägt den programmatischen Titel: „Die Bedeutung des Friedens für die kulturelle Entwicklung der Menschheit und die Notwendigkeit des kämpferischen Einsatzes für ihn.“

Diesem propagandistischen Bild stellte der Künstler Wolfgang Rüppel den mehrfach bearbeiteten Ausschnitt eines dokumentarischen Fotos gegenüber. Das Denkmal erinnert an die Ereignisse des 17. Juni 1953 und ist den Aufständischen gewidmet.

Rückseitig wird der Text jeweils in Englisch wiedergegeben.